

Wählen? - Lieber nicht!

Warum Wählen aus einer linksradikalen Perspektive falsch ist

Es ist wieder soweit, Millionen von Menschen treten den obligatorischen Gang zur Wahlurne an. Politik und Medien inszenieren ihr Wahlspektakel, und die Stadt hängt wieder voller Fratzen, die in bester Manier Eigenwerbung betreiben.

Im Folgenden wollen wir versuchen, das negative Gefühl, welches wir in diesen Zeiten haben, etwas greifbar zu machen. Deswegen haben wir uns entschieden, uns mit der Wahl und der parlamentarischen Demokratie an sich auseinanderzusetzen. Entstanden ist, kurz vor knapp, ein Text, der auf die Mythen der Wahl, die Legitimation von Wahlen in einem herrschafts-reproduzierenden System und den Rahmen der Veränderbarkeit innerhalb dieses Systems eingeht.

Mythen rund um Wahlboykott und Stimmabgabe

- Wer nicht wählt, wählt auch nicht rechts

Wahlboykott – sei es in Form von Ungültigwählen oder von Nichtwählen – halten wir für die einzig sinnvolle Umgehensweise mit Wahlen. Doch ein solcher Boykott kann nur mit einer umfassenden, öffentlich deutlich wahrnehmbaren Kampagne zur Veränderung und Beeinflussung der herrschenden Verhältnisse beitragen. Als individuelle, isolierte Aktion verpufft er als politisches Mittel. Die Zusammensetzung des Parlaments und die rechnerischen Ergebnisse der Wahlen werden durch Wahlboykott jedenfalls nicht oder nur kaum beeinflusst. Dennoch existieren innerhalb der radikalen Linken neben den verschiedensten Meinungen auch einige Mythen darüber, welche ‚Stimmen‘ in welche Berechnung einfließen, inwiefern durch Ungültigwählen die Parteienfinanzierung beeinflusst werden kann oder ob es nicht doch besser wäre, wählen zu gehen, da mensch vielleicht rechts „wählt“, wenn die Wahl durch Nichtwählen oder Ungültigwählen boykottiert wird.

Erstmal möchten wir mit dem Missverständnis aufräumen, dass Ungültigwählen Einfluss auf die Zahl der Sitze im Parlament hat: Die Grundlage für die Sitzverteilung ist nicht die Summe der abgegebenen Stimmen, sondern die Zahl der gültigen, und die Sitzverteilung erfolgt gemäß dem prozentualen Anteil der Parteien an dieser Zahl. Egal also, wie viele ungültige Stimmen es gibt, kein Sitz im Parlament wird leer bleiben.

Auch die 5%, die von einer Partei erreicht werden müssen, um ins Parlament einzuziehen, sind 5% der gültigen Stimmen. Das allerdings bedeutet, dass Nichtwählen und Ungültigwählen es kleineren Parteien möglicherweise erleichtert, diese Hürde zu nehmen. Denn je geringer die Zahl der insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen ist – z. B. aufgrund eines Wahlboykotts – desto weniger Stimmen werden gebraucht, um von dieser Zahl 5% zu erreichen.¹ Von diesem Effekt, dass bei einem Rückgang der gesamten Stimmzahl es einfacher wird, höhere Prozentergebnisse zu erreichen, profitieren aber natürlich auch die großen Parteien. Und da dieser Zuwachs an Prozentpunkten proportional ist, also umso größer, je mehr Stimmen eine Partei bekommt, profitieren – wenn mensch so will – vom Wahlboykott am meisten die etablierten und davon wiederum die stärksten Parteien. Wer nicht oder ungültig wählt, „wählt“ bei der nächsten Wahl also alle Parteien.

Ebenso profitieren die etablierten Parteien auf einem anderen Weg von der 5%-Hürde. Die Wähler*innen bekommen zwar auf den Wahlzetteln häufig eine große Bandbreite verschiedener Parteien angeboten, aber eine realistische Chance auf den Einzug in das Parlament haben dann doch nur die etablierten Parteien. Deshalb erscheint Vielen das Votum für kleinere Parteien als verschenkte ‚Stimme‘, weil diese Parteien vermutlich an der 5%-Hürde scheitern werden und dann die eigenen Interessen im Parlament nicht vertreten würden. So wählen viele dann doch lieber eine der großen Parteien, von der mensch sich in vielen Punkten zwar nicht vertreten fühlt, die aber immerhin mitentscheiden dürfen.

Ein weiterer Mythos ist der Einfluss von Ungültig-/Nichtwählen auf die Parteienfinanzierung. So behaupten manche, durch Ungültig-/Nichtwählen könne mensch die Finanzierung der Parteien mindern. Jedoch haben sowohl Ungültigwählen als auch Nichtwählen in der Regel keinen Einfluss auf die staatliche Finanzierung der Parteien. Ein Kriterium für die Höhe der Finanzierung kann tatsächlich sein, wie viele gültige Stimmen eine Partei bei den letzten Wahlen bekommen hat, sodass

¹ Eine Ausnahme von dieser Regel bildet das Land Berlin, hier bezieht sich die Hürde nicht auf die gültigen Stimmen, sondern auf die Zahl der insgesamt abgegebenen Stimmen, also auch der ungültigen. Siehe: <http://www.taz.de/!5111847/>

Ungültig-/Nichtwählen dazu führt, die ausgezahlte Summe zu verringern. Allerdings ist das maßgebliche Kriterium für die Finanzierung – und das ist von den bei Wahlen erzielten Stimmen völlig unabhängig – die sogenannte „absolute Obergrenze“, eine jährlich neu berechnete Summe, die insgesamt vom Staat an die Parteien ausgezahlt werden darf (2016 lag sie bei 160,5 Millionen Euro). Und diese Obergrenze ist fast immer niedriger als die Summe, die herauskommt, wenn die Berechnung nach gültigen Stimmen vorgenommen wird. Nur einmal, im Jahr 2013, wurde die Obergrenze durch die Berechnung nach gültigen Stimmen unterschritten, sodass es für die Finanzierung maßgeblich wurde, wie viele Stimmen die Parteien bei den letzten Wahlen erhalten hatten.²

Der letzte und wohl auch meist diskutierte Mythos ist und bleibt die Frage nach dem Vorteil für rechte Parteien durch Ungültig-/Nichtwählen. Da es die etablierten Parteien am liebsten hätten, wenn sie direkt gewählt würden, und weil die AFD ihnen aktuell die Sitze im Parlament streitig macht, verbreiten sie das Gerücht, dass von Stimmenthaltung/Wahlboykott in erster Linie die rechten Parteien profitieren würden. „Wer nicht wählt, wählt Rechts“ – so die Beschwörungsformel, mit der potenzielle Nicht- und Ungültigwähler*innen zur Stimmabgabe für die Parteien links von der AFD aufgefordert werden.³ Und nicht wenige sympathisieren mit dem Gedanken, bei der nächsten Wahl das kleinere Übel – die Linke, die Grünen oder die SPD – zu wählen, damit die AFD keine parlamentarische Vertretung bekommt.

Es stimmt natürlich, dass eine rechte Partei, die im Parlament vertreten ist, mehr mediale Aufmerksamkeit bekommt und mehr Möglichkeiten hat, die gesellschaftliche Stimmung zu beeinflussen und die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verschärfen. Doch sollte niemand glauben, der gesellschaftliche Rechtsrutsch, menschenverachtenden Maßnahmen gegen Geflüchtete, der Ausbau des Überwachungsstaates, die Beschneidung von betrieblichen Mitbestimmungsrechten, Umweltzerstörung und der ökologische Raubbau, Zwangsräumungen und die systematische Entwürdigung durch Hartz-IV und andere Sozialgesetze würden besser werden, weil eine (weitere) rechte Partei im Parlament verhindert würde. Diese Zustände sind doch von den bisherigen Parteien hergestellt und immer weiter forciert worden, die jetzt die AFD dazu benutzen, sich im besseren Licht darzustellen, weil es nun ein neues rechtes „Schmuddelkind“ gibt, auf das sie mit dem Finger zeigen können. Es ist völlig egal, ob die AFD ins Parlament einzieht oder nicht: Solange sie nicht durch außerparlamentarische Politik daran gehindert werden, werden die etablierten Parteien die Verschärfung der gesellschaftlichen Verhältnisse auch weiterhin betreiben. Es ist keine Frage, dass in der AFD ein Haufen übelster Reaktionär*innen, Nazis und Rassist*innen versammelt sind. Aber das kann kein Grund sein, jetzt diejenigen zu wählen, die mit ihrer jahrelangen Politik von Verarmung, Ausgrenzung, Vereinzelung und Entsolidarisierung eine Partei wie die AFD überhaupt erst möglich gemacht haben.

Der Kampf gegen die menschenverachtende Politik der AFD muss derselbe sein wie der gegen die menschenverachtende Politik, wie sie von den etablierten Parteien betrieben wird. Wer glaubt, durch ihre Wahl der Gefahr durch Rechts zu begegnen und erleichtert aufatmet, wenn die AFD nicht ins Parlament einzieht, legitimiert nicht nur die bisherige Politik der Verschärfung gesellschaftlicher Verhältnisse, sondern stimmt auch für ihre Fortführung. Und selbst wenn es gelänge, den Einzug der AFD in die Parlamente zu verhindern: Es würde auch weiterhin einen festen Sockel von reaktionären und faschistischen Einstellungen in dieser Gesellschaft geben, der durch die repräsentative Demokratie auch weiterhin bedient werden würde – sei es vom nationalistischen Flügel der Linken, sei es von der CSU.

Als individuelle Aktion, die auf das existierende, vorgegebene Wahlsystem zielt und innerhalb dessen etwas bewirken will, hat Wahlboykott, so lässt sich zusammenfassen, keinen Einfluss – die Regeln der Wahlen verhindern das; im Gegenteil, die Parteien profitieren sogar davon. Genauso wenig trägt er aber dazu bei, die „Gefahr von Rechts“ zu verschärfen – wer das glaubt, geht der Propaganda auf dem Leim. Ein politisches Mittel kann Wahlboykott allerdings dennoch sein, wenn er nicht mehr innerhalb der Wahllogik und innerhalb des Systems der repräsentativen Demokratie gedacht wird, sondern über sie hinausweist und sie grundlegend delegitimiert. Das erfordert allerdings nicht nur die Kritik der repräsentativen Demokratie in Form einer öffentlichen Boykottkampagne, sondern auch die Utopie und die Ansätze einer selbstorganisierten Gesellschaft.

2 Siehe: <http://www.wahlrecht.de/lexikon/ungueltig.html>

3 Damit ist gemeint: Je höher die Zahl der insgesamt für alle anderen Parteien abgegebenen gültigen Stimmen ist, desto geringer drückt sich der zu erwartende Stimmenzuwachs für die AFD in Prozentzuwachsen aus; desto eher kann sie also trotz Stimmenzuwachs an der 5%-Hürde scheitern bzw. desto weniger Abgeordnete von ihr ziehen ins Parlament ein.

Wahlen als Legitimationsmethode der parlamentarischen Demokratie

Viele heutige Staaten sind dem Namen und dem Selbstverständnis nach repräsentative Demokratien. Die politische Macht müsste hier eigentlich von denjenigen ausgehen und ausgeübt werden, die in der Summe das Gemeinwesen bilden. Diese Menge von Menschen mit individuellen Vorlieben, Interessen, Zielen und Bedürfnissen trifft in einer repräsentativen Demokratie aber nicht solche Entscheidungen. Stattdessen werden in regelmäßigen Abständen Vertreter*innen gewählt, die in Parlamenten zusammenkommen, dort im Namen der wählenden Menschen handeln und den Auftrag haben, deren Interessen in den staatlichen Gremien und Institutionen zu vertreten. Damit liegt die politische Macht aber nicht mehr bei den Wähler*innen, sondern bei ihren Repräsentant*innen. Das „Demokratische“ einer repräsentativen Demokratie ist also im Wesentlichen auf den Wahlvorgang beschränkt, alle anderen allgemeinverbindlichen Entscheidungen werden von den Vertreter*innen getroffen, die aber gegenüber den Wähler*innen weder zur Rechenschaft verpflichtet sind, noch können sie ohne weiteres – bis zur nächsten Wahl in ein paar Jahren – von ihnen abgesetzt werden.

Von echter Mitbestimmung und Teilhabe der Menschen an politischen Prozessen kann also keine Rede sein. Und wenn auch noch bedacht wird, dass vielen Menschen selbst diese minimale Möglichkeit der Mitbestimmung verwehrt wird – z. B. Geflüchteten, Gefangenen⁴, Minderjährigen, Entmündigten –, wird klar, dass der Begriff Demokratie für ein eigentlich ausschließendes und autoritäres Gesellschaftssystem hochgradig irreführend ist.

Es ist jedoch egal, wie autoritär ein politisches System ist, es muss langfristig dafür sorgen, dass der Großteil der Menschen mit ihm zufrieden ist, und damit rechnen, dass die Beherrschten auf einmal selbstbestimmt und widerständig handeln, wenn sie sich nicht mehr vertreten fühlen. Während widerständigem Verhalten mit Repression und Einschüchterung begegnet wird, um Gehorsam zu erzwingen, sind Wahlen das wichtigste Mittel um Einverständnis mit den herrschenden Verhältnissen sicher zu stellen. Die politische Herrschaft scheint legitimiert, da die Menschen sie ja selbst gewählt haben. Mit Wahlen wird ihnen eine Möglichkeit der Mitbestimmung gewährt, die allerdings sehr eingeschränkt ist. Dies sorgt unter anderem dafür, dass die Menschen davon abgehalten werden, die Gesellschaft, in der sie leben, selbst zu organisieren. Allerdings ist diese Zurückhaltung nicht Ausdruck von Dummheit oder politischer Anspruchslosigkeit, sondern vielmehr das Ergebnis von politischer Sozialisation. Den Wähler*innen und ihrer „Macht“ wird in einer repräsentativen Demokratie eine geradezu mystische Bedeutung zugesprochen: Sie stehen im Zentrum des politischen Gemeinwesens, „der Wähler“ ist der Souverän, an „ihm“ kommt niemand vorbei, letzten Endes entscheidet „er“.

Diese Konstruktion des „Wählers“ steht der realen Machtlosigkeit der Wähler*innen gegenüber. Dies wird nicht zuletzt an der Rede vom „Wählerwillen“ deutlich, der sich „durchgesetzt“ hat, „akzeptiert“ werden sollte und „respektiert“ werden muss. Angesichts Millionen wählender Individuen mit unterschiedlichen Willen ist eine solche Formulierung absurd. Trotz dieses Widerspruchs wird den Wähler*innen das Gefühl vermittelt, Teil von etwas Großem und Mächtigem zu sein, gehört und respektiert zu werden und wichtig zu sein, selbst dann, wenn die „eigene Partei“ verloren hat. Dieser Zahn muss den Leuten gezogen werden.

Die parlamentarische Demokratie als Herrschaftssystem

Diese mystische Überhöhung des „Wählerwillens“ steht ganz im Gegensatz zu der realen Macht der Wähler*innen, denn sie können schließlich nicht über die abstrakten politischen und rechtlichen Grundlagen, Prozesse, Funktionen, Befugnisse, Verfahren etc. abstimmen, sondern lediglich über einen begrenzten Pool an Wahloptionen und das konkrete Personal. Im Angebot der Wahl stehen diverse Parteien unterschiedlicher politischer Richtung mit unterschiedlichen Vorstellungen zu Gesetzen usw. So wird z.B. an diversen Stellen verhandelt, wie viel oder wenig Soziales in der Marktwirtschaft stecken sollte, doch die Marktwirtschaft als Ganze ist nicht verhandelbar. Oder es wird wild diskutiert, wie viel mehr oder weniger Befugnis der Polizei zugesprochen werden kann und sollte, aber die Polizei als Institution der inneren Sicherheit wird unhinterfragt als unabdingbares Kontrollorgan des

4 Grundsätzlich besteht das Wahlrecht weiterhin, allerdings können Gefangene nur per Brief wählen. Da die Briefwahl für sie mit hohen Kosten und Aufwand verbunden ist, wird Wählen enorm erschwert. Siehe: <https://freedomforthomas.wordpress.com/2009/10/18/wahlrecht-fur-gefangene/> oder <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.bundestagswahl-im-gefaengnis-nur-freigaenger-duerfen-ins-wahllokal.792326c7-c447-4f41-9910-e947577bf274.html>

gesellschaftlichen Miteinanders gesehen. Die parlamentarische Demokratie bietet keinen Platz für Diskurse außerhalb der vorgegebenen Themen und erst recht keinen Platz für radikale Gesellschaftsentwürfe. Denn damit würde sie sich selbst in Frage stellen.

Alle im Rahmen der parlamentarischen Demokratie vorgeschlagenen Veränderungen und damit auch allen partizipierenden Interessensvertreter*innen reproduzieren somit den Status Quo. Dementsprechend sind alle Parteien, egal wie viel uns mit ihnen verbindet, Feindinnen der befreiten Gesellschaft!

Die parlamentarische Demokratie bietet also nur einen Bruchteil an gesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten und nennt dies dann die große Freiheit. Trotz dieser Unterdrückung stellt sie sich weiterhin als die Krönung der politischen Systeme dar und benennt gleichzeitig andere politische Systeme als autoritär und menschenverachtend. Als Teil dieses Verfahrens bleibt die Herrschaft innerhalb des Systems unbenannt und leider häufig unerkannt.

Was tun, statt wählen gehen?

Zahlreiche Menschen möchten dieses Wahlspektakel durch ihre Beteiligung nicht auch noch reproduzieren und bleiben zuhause oder wählen ungültig. Eine durchaus nachvollziehbare Haltung. Unserer Meinung nach ist sie aber lediglich dann als politische Aktion zu sehen, wenn sie eingebunden ist in eine öffentliche Kampagne, die Nichtwählen bzw. Ungültigwählen als eine öffentlich wahrnehmbare, bewusste Entscheidung sowie als Ausdruck des Protests und des Widerstands gegen dieses scheindemokratische System sichtbar macht. Gleichzeitig sollte sie utopisch hinausweisen auf eine Gesellschaft, in der die Menschen sich gegenseitig und unvermittelt über ihre Interessen und Bedürfnisse austauschen und in Diskussionen gemeinsam nach Lösungen und Kompromissen suchen. Darum muss es das Ziel sein, eine Kampagne zu starten, die für Formen der kollektiven Selbstbestimmung und Selbstorganisation wirbt und die unzufriedenen Menschen dazu auffordert, sich nicht damit zu begnügen, gegen eine schlechte Vertretung und für eine bessere zu protestieren, sondern gegen die Vertretung an sich. Abseits einer solchen Kampagne bleibt Wahlboykott – also Nichtwählen und/oder Ungültigwählen – größtenteils unsichtbar und verpufft als politisches Mittel. Wahlboykott kann aber durchaus, insbesondere dann, wenn die Quote sehr hoch ist und er politisch eingebettet ist, die repräsentative Demokratie in Legitimationsnot bringen. So ansatzweise geschehen bei der Stichwahl zur Präsidentschaft in Frankreich 2017: Hier gaben 4,2 Millionen Menschen (12% der abgegebenen Stimmen!) einen ungültigen Wahlschein ab, und der Anteil der Nichtwähler*innen war mit über 25% der höchste seit 1969.⁵ Doch Nichtwählen kann leicht als Desinteresse an Mitbestimmung diskreditiert werden. Und der Kommentar, den Ungültigwähler*innen in der Regel auf dem Wahlschein hinterlassen, wird im besten Fall von den Auszähler*innen zur Kenntnis genommen. Eine darüber hinausgehende politische Wirkung tritt kaum ein. Durch eine Anti-Wahl-Kampagne – für die es für die Bundestagswahl zu spät ist, die aber für kommende Wahlen diskutiert und vorbereitet werden sollte – lassen sich die Gründe gegen die parlamentarische Demokratie und ihre Legitimationsmethode, die Wahl, deutlich machen. Wir wollen, dass die Menschen gesellschaftlich partizipieren: Nicht durch ihr Kreuz alle Jubeljahre, sondern es muss darum gehen, die eigenen Interessen selbst zu definieren und umzusetzen! Wir wollen, dass sich die Menschen für ihre Autonomie einsetzen. Andere sagen Euch, was gut für Euch ist – glaubt den Scheiß nicht und macht euch eure eigenen Gedanken über Normen, Werte und Gesetze! Und fangt damit an, diese Gedanken in konkrete Projekte umzusetzen. Dabei müssen Grenzen überwunden werden: die repressiven des Staates, der mit aller Macht verhindern will, dass sich etwas verändert; aber genauso die virtuellen Grenzen, also die gewohnten und bequemen Denkmuster, die uns kollektive, emanzipatorische und solidarische Gesellschaftsentwürfe als unrealistisch, verrückt oder kriminell erscheinen lassen, die uns aber zu Mitgestalter*innen und Befürworter*innen des repressiven Systems machen, wenn wir sie reproduzieren (wenn wir wählen). Wahlen bieten und sind keine Alternative zu einer selbstorganisierten emanzipatorischen Politik, die auf Vertretung verzichtet.

Ist leider so: Alles muss mensch selber machen ...

Infoladen Anschlag im September 2017

5 www.sueddeutsche.de/politik/wahl-in-frankreich-millionen-franzosen-waehlen-ungueltig-1.3495396